

Die Zeitung und Rundschau: In den Hauptstädten und Städten mit über 10000 Einwohnern kostet die Zeitung 10 Pf. (1 mit 10 Pf.)
In den Kleinstädten und Städten mit 1000 bis 10000 Einwohnern kostet die Zeitung 10 Pf.
In den Kleinstädten und Städten mit weniger als 1000 Einwohnern kostet die Zeitung 10 Pf. (1 mit 10 Pf.)
Die Zeitung kostet 10 Pf. in den Kleinstädten und Städten mit weniger als 1000 Einwohnern.
Die Zeitung kostet 10 Pf. in den Kleinstädten und Städten mit weniger als 1000 Einwohnern.

Diese Zeitung kostet 10 Pf.
10 Pf.

Redaktion und Verlag:
Sachsen-Anhalt 8.
Telefon Nr. 102, Nr. 222, Nr. 1172.
Berliner Redaktion-Sachen:
Berlin NW 1, Unter den Linden 10.
Telefon 1, Nr. 2275.

Redaktion und Verlag:
Sachsen-Anhalt 8.
Telefon Nr. 102, Nr. 222, Nr. 1172.
Berliner Redaktion-Sachsen:
Berlin NW 1, Unter den Linden 10.
Telefon 1, Nr. 2275.

Leipziger Tageblatt

und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 75.

Sonnabend 16. März 1907.

Das Wichtigste vom Tage.

König Friedrich August von Sachsen ist nach Berücksichtigung von den Königlichen Familien gestern vorzeitig nach Italien abgereist. Der König wird nach Vicenza, Oporto und Vassouras reisen und am Montag von Encourcamento nach Madrid weiterreisen.

Der Trouvereiter in Toulon wohnt im Auftrag des deutschen Kaisers der Marineattaché bei der deutschen Botschaft in Paris. Admiralität Siegel bei. (G. Art. u. 2. B.)

Im Reichstage wurde die Haushaltung der sozialdemokratischen Opposition über Wahlkampfmaßnahmen von der Regierung abgelehnt, aber dann bestätigt vom Hause selbst erneut. (G. Art. u. 1. B.)

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde gestern auch über den politischen Schlußfrist geprägt und dann der liberale Antrag auf allgemeine Einführung der sozialistischen Schulauflösung abgelehnt. (G. Dech. R.)

Der Reichsangehörige berichtet über die Legitimation des Bundesrates noch, daß den Ausschusssitzungen über Änderung der Ausserstaatsausfahrungsbestimmungen Zustimmung erzielt werden soll.

Die Dumazählungen zählen sich auf weiteres vertagt werden wegen des Deutschenkrieges. (G. Ans.)

Die Handelsvertragsgespräche zwischen Österreich und Serbien sind wieder aufgenommen worden. (G. Ans.)

„Mein Freund v. Oldenburg.“

Es gibt nichts Bezeichnenderes für unser Agieren als die Überschrift, die in der „Deutschen Tagesszeitung“, dem Organ des Bundes der Kaufleute, über das Kanzlerrede beim Festmahl des deutschen Handelswirtschaftsrates prangt: „Agrarische“ Reichskanzler. Diese Gläserchen, das die „Agrarische“ lieblich annehmen, sprechen klug. Sie erzählen von der Unentbehrlichkeit unserer biederen Heimat- und Fleischpolitischer, von ihrer Bauernschaftlichkeit, die sie ist, und wenn es Gott regnet, jagen wird, daß sie befriedigt sei. Sie erzählen auch von klugen Fortschritten, die nach dem Leben führen werden. Und diesen Leuten, den einseitigen Interessenpolitik in deutschen Staaten, hat sich Fürst Bülow am Donnerstag mit Pant und Daumen verschrieben. Es wäre freilich, vor einem deutschen Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten zu fordern, einen der wichtigsten Gewerbe, der Kaufwirtschaft, nicht seine einzige Fürsorge zu widmen. Aber dieses Freiheit in niemand schuldig, der die Heimatkunst des Fürsten Bülow, die in jedem Worte die Vorberachtung des Programmsatzes zeigt, als eine Proklamation für alle Reichsgesetzgebung. Das ist es, was Charakteristik dieser Rede: Die Proklamation des Bülowkampfes als Kaufkampf.

Das ist in unserem Augen ein schwerer Vorwurf, aber er kann auch bewiesen werden. Wenn ein Staatsmann sich eines politischen Leichtsinns wünscht mit der Aussicht: „Dieser ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen“, so hat er seine Rechungen, seine politischen Ziele dadurch unzweckmäßig offenbart. Seine Einsicht fehlt damit fast. Er vergiebt damit aber auch freiwillig auf die Anerkennung aller Leute, denen die Kraft der Bundeskompromiss nicht lieblich in den Ohren liegt. Nach weit deutscher und länderübergreifender ist aber das Volentur zu der politischen Freundschaft mit Herrn v. Oldenburg-Jannasch. Wer ist denn dieser Herr v. Oldenburg anders als der Realistische aller Ostseeländer? Er ist es gewesen, der im Reichstag den österreichischen Bundesstaaten die Reichspolitik androhte, wenn sie fortfahren sollten, mit ihrer liberalen oder demokratischen Landespolitik in Preußen Anerkennung zu geben. Er ist es gewesen, der die Politik der Strangulation, der Bajonettspolitisches, der die Eisenbarrikade gegen die sozialdemokratische Gesellschaft empfohlen hat. Er ist es gewesen, der wegen der Sozialpolitik des Staatssekretär des Reichskanzlers des Jannas am heftigsten beschimpft hat. Dieser Bülowkampf ist es auch gewesen, der im Jules Buch das jetzt vom Kanzler übernommene Gedicht vom „braunen Schwein“ gebracht hat. Ja, es ist klarer Höhe, das Wort vom „braunen Schwein“. Dieses Schwein hat über das deutsche Reich eine Zeit der schweren Sorge gebracht. Es hat Millionen Deutschen viele Monate lang zur Unterwerfung veranlaßt. Es hat die totale Wachhaltung nicht des Radikalismus verdächtigen deutschen Kommunalverwaltungen in einer Einigung auf den Plan gebracht, die alle politischen Differenzen überbrückt hat. Dieses Schwein hat allerdings zu dem Bruch aus den Handelsvereinigungen des Agrarien auch noch den Schweineprost gesetzt. Und deshalb wird es von Herrn v. Oldenburg jetzt genannt und vom Fürsten Bülow besiegeln. Es soll ja auch manchen Menschen durch den reihenden Wahlkreis getragen haben. Mag sein. Aber wunder Wählung ist erwogen worden gegen die Schweinepolitik. Was hat denn den Unterschied bei den Wählern gebracht, die nationale Wehrheit gefordert? In erster Linie die Abschaffung des sozialdemokratischen Sohnes durch die Soziale. Und zum Dan-

bau, doch das patriotische und fehlende Volk der Reichsregierung seine Feuerwehrleute hinausstellt und der Regierung aus ihrer Parade geholt hat, wird es jetzt mit dem „braunen Schwein“ verbündet.

Es ist in diesen Tagen kein treffenderes Wort gebräucht worden als das des Abgeordneten Liebermanns v. Sonnenberg vom Kanzler als dem „Bären“ und der Fremde, das der Rechten fehlt, der beiden Blumen darbringt. Auch an der Tafel der Kaufleute hat der Kanzler des Unters gebraucht und ihr ein Erdbeeren versprochen. Die Börseinnovelle soll endlich kommen. Und die Agrarier werden deshalb am Entscheidungstag gebeten mit der Versicherung, die Interessen der Kaufwirtschaft sollten nicht dabei gefordert werden. Diese Börseinnovelle aber mag kommen, weil sie eine absolute wirtschaftliche Notwendigkeit ist, weil der hohe Disput der deutschen Industrie den Stein raubt. Und auch der anderen Blumen wegen wird das sozialistische deutsche Volk nicht geneigt sein, die Blütenpolitik des deutschen Kanzlers gatzuhören und zu unterstützen.

Wir sprechen es offen aus, daß wir kaum je so scharf enttäuscht worden sind als durch diese Kanzlerrede mit ihrer zur Selbstläufigkeit gerührten Umwandlung des Bundes der Kaufleute. Auf diesen Bund der Kaufleute mit seinem Kanzler König war das Kanzlerwort genügt: „Vorwärts treibe ich nicht“. In diesem Bund der Kaufleute ist das Wort gefallen von den Mäistern, die ihm sonst wachsen. Und die führen deshalb deshalb den Bund der Kaufleute weiter waren es, die seinerzeit mit dem Abmarsch und sozialdemokratischen Lager drohten. Wenn der Kanzler das alles verhindert hat, wenn er jetzt mit dem Bundesstrategen von Oldenburg Blutsfeindschaft schließt und dem Bund das böse Lob spendet, das je ein Staatsmann für eine Kampforganisation überliefert hat, so ist es der Kunden wenigstens dazu dienen, wie man einem Kanzler imponieren. Die „Deutsche Tagesszeitung“ hat bis in die jüngste Vergangenheit die ursprüngliche Schallmeisterin im ersten Sinne des Wortes am Kanzler geblieben. Wenn an die Grenzen auch nur mit dem Finger gerückt werden sollte, so drohte das Blatt mit dem Einziehen seines Kanzlers. Und noch in Kampf um den Kaufminister und Tippschäfchen v. Bobbelschäfchen, der heute auch schon wieder zum „vortrefflichen“ Berganger“ avanciert ist, hat man nichts von der Kanzlerfreundschaft der „Deutschen Tagesszeitung“ gesagt. Nun weiß die Börse wenigstens, was ihr bevorsteht. Das ist der Bündner, das dem Kanzler vom Bundesrat förmlich vorgebracht wird, es wohlkriert und mög dem höchsten Bülow gejagt sein wie die gewöhnliche Infanterie auf seinem politischen Heerfelde: „Dieser ist ein agrarischer Reichskanzler geworden“. Wie hatten bisher gebraucht, daß ein deutscher Reichskanzler seinen Flüchtentriest weiterführen und darum auch nach höherem Urteil über seine Politik freien soll.

Lärmszenen im Reichstage.

Die Sozialdemokraten haben am Freitag zum ersten Male in diesem Reichstage gezeigt, daß sie ernsthaft gewesen sind, den Vorschlag der unfruchtbaren Opposition zu entkräften. Sie haben den internationalen Vereinigungskonservativen über den Fraktionsleiter zugestimmt. Wahrscheinlich hat sie der internationale Titel bedient; aber sie werden es wohl bald nicht wieder tun. Außer diesen wichtigen Ereignissen ist der Beginn der Wahlkampfdebatten zu vernehmen, die am Samstag fortgesetzt werden sollen. Die Sozietät nahm bisher den erwarteten Verlauf. Der Kanzler war noch nicht erschienen und sich durch seinen Stellvertreter Graf Posadowitz als erläutert, er gesehnt nicht, die Interpretation abdrucken willigen Wahlkampfes zu bearbeiten und verzweigt im übrigen auf seine früheren Erklärungen. Besonders hat der Kanzler gleich nach der Eröffnung des Parlaments im Reichstage gezeigt, daß er gesehnt ist, die Befreiung noch ganz anders in den Wahlkampf einzuführen. Man kann über die Ablehnung der Antwort auf die Konservativen verschiedene Meinung sein. Das will nicht gleichzeitig erscheinen. Doch muß zugegeben werden, daß sie tatsächlich jedweds richtig war, denn es wäre doch sicher zu unerwünschten Spuren und Vorgängen und wahrscheinlich zu argen Verhängnissen des Kanzlers gekommen, wenn die Partei der Sozialdemokraten durch die Anteile des höchsten Bülow ein persönliches Ziel bekommen hätte. Es war auch so üblich genug. Der Konservativer spielt den wilden Mann auf der Revolutionsbühne und seine politischen Freunde taten desgleichen. Deshalb wurde der Auftritt positiv genommen und beacht, ähnlich aber kam auch bei den Gegnern die Heidenhain zum Durchbruch und es gab zur gleichen Zeit eine Art der Konservativen einen kleinen Aufschwung. Nicht eine Vermehrung der Einnahmen wäre die Folge, sondern das Gegenteil.

Bei unserem Dörfchenkampf handelt es sich allerdings um eine rücksichtslose und verkehrt einleitende Auffassung des Art. 14. Es ist eine alte Erfahrung, daß Handel und Verkehr nicht durch eine Verstärkung der Verkehrsmitte erhöht und entwidmet wird, sondern durch Verbilligung. Nicht eine Vermehrung der Einnahmen wäre die Folge, sondern das Gegenteil. Zur vollständigen Erfüllung der Beamten, der nach wie erwartet das Wort haben, stehen andere Mittel und Wege zur Verfügung als Verkehrssteuern. Die der Konservativen folgt in den Tat gezeigt werden oder ob die Form einer Resolution gewählt und die Geltung abgewirkt werden sollen. Das letztere wurde beschlossen.

ein wenig mehr Abstand vor Plakaturen wünschen. Bis jetzt am Ende, kleine Wands und ähnliche Scherze dürfen doch leicht deplaziert sein und sind jedenfalls mit größter Sichtbarkeit zu verstehen. Wie verlaufen werden aus Sonnabend noch die Debatten des Evangelischen Kantorendirektor Coerwinkels, der ländliche Polizist der Nationalliberalen, spricht. Man kann sich also auf einen geladenen Kampf mit dem Zeutum gesetzt machen.

Verteuerung der Portosätze und Fernsprechgebühren in Österreich.

Die Einführung der sogenannten Verkehrssteuer, wie wir sie seit einem Jahre in Deutschland haben, bringt die Postporto um, das in unserem Postamtshaus befindet. Die Post- und Fernsprechgebühren haben auch dort eine empfindliche Verkürzung erfahren. Die Währungen haben in weiten Kreisen der Bevölkerung, namentlich unter den Industriekräfte und Kaufleute, generalisiert Gebrauch gefunden. Die Börse hat die Börseinnovelle mit der Begründung, daß die Erhöhung der Gebühren auf den Fernsprechverkehr ohne Würdigung der geistigen Körperschaften erfolgt sei und dennoch nicht zu Recht geblieben.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

In den großen Orten der Provinz Wien, Prag, Brüssel usw. haben gleichfalls Postkonservatoren sich gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

In den großen Orten der Provinz Wien, Prag, Brüssel usw. haben gleichfalls Postkonservatoren sich gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Es haben sich verschiedne Vereine gebildet, so in Wien der Verein der Telefon- und Postkonservativen, der schon über 200 Mitglieder umfaßt, um die Werte des Postporto gegenüber der Postverwaltung zu wahren. Zur Selbsthilfe wird darüber gestritten, daß viele große Firmen und Geschäftsführer ihre Preisfestsetzungen, um das neue Postporto zu unterstützen.

Man darf auf die richterliche Entscheidung gespannt sein.

Anzeigen-Preis

Die Angebote beziehen sich auf Zeitungen und Zeitschriften, die in den Hauptstädten und Städten mit über 10000 Einwohnern, sowie in den Kleinstädten und Städten mit über 1000 Einwohnern, veröffentlicht werden.

Die Preise der Zeitungen und Zeitschriften sind wie folgt:

Wochenzeitung 10 Pf., zweimal 10 Pf., dreimal 10 Pf., viermal 10 Pf., fünfmal 10 Pf., sechsmal 10 Pf., siebenmal 10 Pf., achtmal 10 Pf., neunmal 10 Pf., zehnmal 10 Pf., zwölfmal 10 Pf., dreizehnmal 10 Pf., vierzehnmal 10 Pf., fünfzehnmal 10 Pf., sechzehnmal 10 Pf., siebzehnmal 10 Pf., achtzehnmal 10 Pf., neunzehnmal 10 Pf., zwanzigmal 10 Pf., zwanzigmal 10 Pf., zwanzigmal 10 Pf., zwanzigmal 10 Pf., zw